

Auf gesetzlich Krankenversicherte kommen steigende Belastungen zu Rentner sind die Verlierer der Reform

Anfang Juli stellte Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) sein Konzept einer Gesundheitsreform vor. Vorrangiges Ziel Röslers ist die Beseitigung des Defizits von rund 11 Milliarden Euro, welches der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im kommenden Jahr droht. Dies soll zum großen Teil durch eine Anhebung des einheitlichen Beitragssatzes erreicht werden, der ab 2011 von 14,9 auf 15,5 Prozent steigt. Gleichzeitig können die Krankenkassen Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe erheben, womit steigende Kosten im Gesundheitssystem künftig allein von den Versicherten getragen werden müssen. Teilweise gemildert werden diese Belastungen dadurch, dass sowohl Krankenkassenbeitrag als auch Zusatzbeitrag schon seit diesem Jahr steuerlich absetzbar sind – allerdings profitieren hiervon nur Menschen, die auch tatsächlich Steuern zahlen. Genau das aber trifft auf die meisten Rentner nicht zu. Sie werden mit den zusätzlichen Kosten allein gelassen und sind die Verlierer von Röslers Reform.



Foto: Yuri Arcurs/fotolia

Ob Praxisgebühr oder Zuzahlungen bei Arzneimitteln – immer stärker wurden gesetzlich Versicherte in den vergangenen Jahren belastet. Steigende Zusatzbeiträge und die geplante Anhebung des Beitragssatzes verursachen erneut höhere Kosten, unter denen Rentner und Geringverdiener besonders zu leiden haben.

Über lange Zeit war innerhalb der Koalition aus CDU/CSU und FDP kontrovers über eine Neuordnung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert worden. Im Zentrum stand dabei die Einführung einkommensunabhängiger Beiträge, vereinfacht auch als Kopfpauschale bezeichnet. Entsprechende Konzepte scheiterten jedoch bereits am Widerstand aus den eigenen Reihen der Regierungskoalition. Schließlich stellte Bundesgesundheitsminister Rösler am 6. Juli den Entwurf eines nach seinen Worten gerechten und sozialen Gesundheitssystems vor, welches im Kern zusätzliche Belastungen für die gesetzlich Versicherten bedeutet.

Kapitulation vor den Kosten

Wie weitreichend die Folgen der schwarz-gelben Gesundheitsreform sind, versuchte anhand der bisher

bekanntesten Eckpunkte auch der Sozialpolitische Ausschuss des SoVD zu ergründen. Namhafte Fachleute, darunter der frühere gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Kirschner, und das ehemalige Vorstandsmitglied des GKV-Spitzenverbandes, Klaus-Dieter Voss, bewerteten Röslers Konzept als unausgewogen: Während auf tiefe Einschnitte bei Apothekern, Ärzten, Krankenkassen und Krankenhäusern bewusst verzichtet wird, werden Arbeitnehmer, Rentner und Steuerzahler zur Kasse gebeten. Sie allein müssen acht der insgesamt fehlenden elf Milliarden Euro beisteuern – sechs Milliarden Euro an Beitragserhöhungen und weitere zwei Milliarden Euro, die aus Steuermitteln in den Gesundheitsfonds fließen. SoVD-Präsident Bauer kritisierte vor diesem Hintergrund auch, dass man sich allein der

Einnahmeseite zugewendet habe, anstatt größeres Augenmerk auf den Bereich der Ausgaben zu legen.

Ausstieg aus der Solidarität

Schwerer noch als die verpasste Chance möglicher Einsparungen, etwa durch eine stärkere Einbeziehung der pharmazeutischen Industrie oder durch die Beseitigung von Fehlversorgungen, wiegt der Ausbau von Zusatzbeiträgen. Ab 2011 können Krankenkassen fehlendes Geld in beliebiger Höhe direkt von ihren Versicherten einfordern. Steigende Kosten im Gesundheitssystem hätten diese damit künftig allein zu tragen. Dies stellt eine eindeutige Abkehr von dem bewährten Prinzip der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung dar und bedeutet letztlich eine Weichenstellung in Richtung Kopfpauschale.

Mogelpackung Sozialausgleich

Bisher wird die Kritik des SoVD und anderer Verbände unter Verweis auf den geplanten Sozialausgleich abgewiegelt. Dieser, so die Argumentation von Regierungsseite, solle eine Überforderung einkommensschwacher Menschen durch zu hohe Zusatzbeiträge vermeiden. Aber tut er das wirklich?

Betrachtet man die bisher bekannten Details genauer, so zeigt sich, dass der geplante Sozialausgleich erst dann greift, wenn der durchschnittliche Zusatzbeitrag zwei Prozent des Einkommens übersteigt. Dieser Durchschnittswert ergibt sich aus der rechnerischen Verteilung einer im Gesundheitssystem fehlenden Summe auf alle gesetzlich Versicherten. Theoretisch müsste somit im Jahr 2014 jedes GKV-Mitglied einen zusätzlichen Beitrag von

Fortsetzung auf Seite 2

Pflegenoten sorgen zunehmend für Transparenz

Interview mit Gernot Kiefer, Vorstandsmitglied im GKV-Spitzenverband

Seite 7



Keine Senkung des Rentenbeitrages

Hartz-IV-Empfänger auf Grundsicherung im Alter verwiesen

Seite 3

Freiwilligendienste ausbauen und stärken

SoVD bezieht Stellung zu den Auswirkungen einer Verkürzung des Zivildienstes

Seite 6



Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht

SoVD übergibt Gutachten an Kultusministerkonferenz

Seite 3



Anzeige

www.MenschenAb50.de

Als SoVD-Mitglied genießen Sie besonders günstigen Schutz.

Unfall-Vorsorge* mit Notfall-Plus Premium

- Aufnahme bis 80 ohne Gesundheitsfragen
- Invaliditätsleistung bereits ab 1 %
- Krankenhaus-Tagegeld im In- und Ausland
- Lebenslange Unfall-Rente
- Sofortleistung bei Oberschenkelhalsbruch
- Umfangreiche Hilfe- und Pflegeleistungen
- Umzugs- oder Haus-Umbaukosten

*auf Basis der SoVD-Sterbegeld-Vers.

Haben Sie Interesse?:
ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für Verbandsgruppenversicherungen
22287 Hamburg

ERGO



Blickpunkt

Das Thema Organspende findet in den Medien viel Beachtung. Meist sind es persönliche Schicksale, mit Hilfe derer die Aufmerksamkeit auf den großen Mangel an Spenderorganen gerichtet wird. Die Zahlen sprechen für sich: 2009 konnten in Deutschland knapp 4000 Organe übertragen werden – dreimal so viele wären gebraucht worden! 12.000 Menschen warten auf eine lebensrettende Operation. Lange Wartelisten gibt es vor allem, weil Erkrankungen, die ohne eine Transplantation nicht

mehr therapierbar sind, zunehmen – und weil immer mehr komplizierte Operationen durchführbar sind.

Fatal: Obwohl laut Umfragen zwei Drittel der Bundesbürger bereit wären, Organe zu spenden, hat nur jeder Achte auch einen entsprechenden Ausweis. So müssen jeden Tag drei Patienten sterben, weil sie nicht rechtzeitig ein passendes Organ erhalten. Ängste spielen bei diesem tragischen Widerspruch offenbar die größte Rolle. Etwa: „Bin ich zu alt zum Spenden?“ Und: „Kann ich

mich sicher fühlen?“ Verständliche, aber unbegründete Sorgen. Da bei der Transplantation allein biologische Faktoren zählen, gibt es weder eine strikte Altersbegrenzung noch spezielle Untersuchungen für Spendewillige. Strengste ethische, gesetzliche und medizinische Vorgaben schließen jeden Missbrauch aus. Organspendeausweise und Infomaterial sind in vielen Arztpraxen und Apotheken erhältlich.

Manfred Grönda
SoVD-Präsidiumsmitglied